

Rottweil

Gefängnis: Bürger drohen mit Boykott

Von Patrick Nädele, aktualisiert am 29.09.2010 um 13:40



Gegen den geplanten Gefängnisneubau im Bitzwäldle sprachen sich gestern Abend knapp 500 Demonstranten vor dem Alten Rathaus in Rottweil aus. Foto: Nädele Foto: Schwarzwälder-Bote

Rottweil - Knapp 500 Menschen folgten gestern Abend dem Aufruf der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis zur Kundgebung vor dem Alten Rathaus. Heute Abend entscheidet in Rottweil der Gemeinderat in der Standortfrage.

Oberbürgermeister Ralf Broß war bei Mappus

An das Verantwortungsbewusstsein der Gemeinderäte für Umwelt und Natur appellierten Ingeborg Gekle-Maier und Jochen Baumann für die Demonstranten und starteten, unterstützt von Trommeln und Trompeten, einen letzten Versuch, die Abstimmung heute Abend im Sitzungssaal zu beeinflussen.

Oberbürgermeister Ralf Broß konnte im Gegensatz zu einigen Gemeinderäten die Kundgebung gestern Abend nicht persönlich verfolgen. Er war zu dieser Zeit bei Ministerpräsident Stefan Mappus.

Wochenlanger Streit mit unverminderter Brisanz

Die Positionen sind seit Wochen unverändert, die Fronten verhärtet: In Rottweil, streiten Befürworter und Gegner mit unverminderter Brisanz über den Standort für ein vom Land geplantes Gefängnis.

Zur Ausgangslage: Das Land Baden-Württemberg plant in der Region Rottweil den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt. Bis zu 600 Insassen sollen dort ihre Haft absitzen. Vier bisherige

Gefängnisstandorte aus drei Landkreisen sollen hier konzentriert werden. In zwei kleinen Stadtteilen der Kreisstadt aber stößt das Vorhaben auf erbitterten Widerstand:

Die JVA soll nämlich im sogenannten Bitzwälde entstehen, einem Waldgebiet nahe der Stadtteile Zepfenhan und Neukirch. Heute Abend nun soll der Rottweiler Gemeinderat die Grundlagen für den Bau schaffen. Als letzter Standort auf Rottweiler Gemarkung kommt aus Sicht der Befürworter eben nur noch das Bitzwäldle an der Kreisgrenze zum Zollernalbkreis in Frage.

Ortschaftsräte lehnen das geplante Gefängnis ab

Aus den Ortschaftsräten in Neukirch und Zepfenhan hallt schon Ablehnung in die Stadt hinab. Und auch die Ankündigung, dass der Vermittlungsausschuss bemüht werde, wenn die Gemeinderäte der Empfehlung aus den Ortschaften nicht folgen sollte.

Was die Bürger aus den beiden Ortsteilen und den angrenzenden Gemeinden des Nachbarlandkreises von den Plänen im Bitzwäldle halten, machten rund 500 Demonstranten gestern Abend nochmals bei einer Kundgebung in der Rottweiler Innenstadt deutlich. Die Vernichtung von 25000 Bäumen, die Versiegelung einer Fläche von 150000 Quadratmetern, die Zerstörung wertvollen Lebensraums für seltene Tiere und Pflanzen, die Verschandelung des Landschaftsbildes - so lauten ihre Argumente.

Die Befürworter halten die Sicherung des Justizstandorts Rottweil mit einigen hundert Arbeitsplätzen entgegen. Überdies rechnet die Stadt mit bis zu 150 Stellen, die im Gefängnis neu entstehen würden, und einem Plus bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zwischen 250 000 und 400 000 Euro pro Jahr.

Boykott der Einkaufsmöglichkeiten angedroht

Dass die Stadtverwaltung die Vertreter der Bürgerinitiative gleichzeitig mit den Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats und den beiden Ortsvorstehern über die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen durch das Land unterrichtete, zeigte bei den Gefängnisgegnern nicht die erhoffte Wirkung. Mit ihrer Informationspolitik und den Entscheidungen im Gemeinderat reiße die Stadt Gräben zu den Teilgemeinden auf, skandieren sie und drohen damit, der ältesten Stadt Baden-Württembergs den Rücken zukehren zu wollen - vom Boykott der Einkaufsmöglichkeiten bis zum politischen Wechsel der beiden Stadtteile in den Zollernalbkreis.

Kein Freigängerheim in den kleinen Ortsteilen?

Eine Mehrheit im Gemeinderat dürften sie damit nicht überzeugen können. Dessen Mitglieder haben schon wiederholt darauf hingewiesen, die Belange der Gesamtgemeinde beachten zu wollen. Die Zusage, das Freigängerheim nicht in den kleinen Ortsteilen akzeptieren zu wollen, steht von Seiten des Oberbürgermeisters und der Fraktionen bereits im Raum und soll heute zementiert werden.

Folgt der Gemeinderat heute Abend dem Vorschlag der Verwaltung, sind für das Land als Bauherr die Weichen gestellt. Parallel sollen dann sowohl der Flächennutzungsplan geändert als auch der Bebauungsplan aufgestellt werden. Laut Stadtverwaltung seien sowohl

Umweltprüfung, als auch -bericht und -verträglichkeitsprüfung in den Planungen enthalten.